



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

GRÜNE POLITIK FÜR...



**Polizei
in Europa**

EFFEKTIVE POLIZEIARBEIT

Polizei. Wir alle kennen sie. Für die einen sind sie „Freund und Helfer“, für die anderen „Feind und Nerver“. Doch wir alle müssen mit ihr auskommen. Und das zu Recht. Denn wer schon einmal Opfer einer Straftat geworden ist, einen Verkehrsunfall hatte oder bedroht wurde, wird den grundsätzlichen Nutzen einer durch die Gemeinschaft legitimierten Ordnungsgewalt erkennen. Und wir alle kennen solche Situationen, ob persönlich oder bei anderen. Dennoch: Die Existenz eines Gewaltmonopols im Staat ist eine Herausforderung. Denn jede noch so unabhängige Stelle und jeder Mensch kann Gewalt missbrauchen oder falsch einsetzen. Deshalb ist es wichtig, unsere Polizei- und Sicherheitspolitik immer neu zu hinterfragen und Rahmenbedingungen für ein gemeinschaftliches Miteinander zu schaffen. Leider haben die letzten Jahre (erneut) gezeigt, wie anfällig wir selber sind, wenn es um gute Polizeipolitik geht. Die Angst vor grenzenloser Kriminalität und terroristischen Anschlägen hat uns zu teilweise gar verfassungswidrigen



STATT FLÄCHENDECKENDE ÜBERWACHUNG

Sicherheitsgesetzen getrieben. Eine Senkung der Kriminalitätsraten und mehr Sicherheit vor solchen Gefahren haben wir damit aber nicht erreicht. Die fortschreitende Globalisierung und Digitalisierung unseren Lebens stellt unser eigenes Leben und damit auch unseren Umgang mit Sicherheit und Polizei vor neue Herausforderungen. Zahlreiche Schnellschüsse und kurzsichtige Sicherheitsmaßnahmen haben uns zwar beruhigt, unter dem Strich aber nur weniger Freiheit und nicht mehr Sicherheit gebracht. Es ist daher an der Zeit, Leitlinien für eine neue Polizeipolitik zu entwickeln. Wir müssen endlich auch die europäische und internationale Dimension erfassen und gleichzeitig wieder den Wert der Freiheit erkennen. Überwachung und Generalverdacht machen eine freie Gesellschaft unmöglich. Unsere Demokratie braucht Freiheit. Freiheit statt Angst. In diesem Sinne soll auch meine Broschüre wirken.

CONFIDENTIAL

date 07012011 idnumber 466352899372 time
action Wecker Alarm device iPhone GPS-
rt N 52.517526 E 13.44, Martin-Luther-
2 ++++ date 07012011 idnumber
99372 time 08.16 action Facebook-Sta-
ung content *Was für ein scheiß Tag
+++ date 07012011 idnumber
9372 time 08.34 action EC-Kartenreg-
g GPS-Standort N 52.588346 E 15.335
466352899372, Zeitschriften Ügür
30 Euro ++++ date 07012011 idnum-
899372 time 09.29 action Ankunft KK
se GPS-Standort N 53.699 E 14.6542
htür ++++ date 07012011 idnumber
2 time 10.37 action amazon visit
ction Wunschzettel hinzufügen ar-
Krieg und Frieden* ++++ date
umber 466352899372 time 16.47
k Registrierung GPS-Standort N
3.5765 amount 7,99 Euro article
ndome Bolly Boy ++++ date
ber 466352899372 time 17.11
at device iPhone connection to
67453 owner Getrud Meyer +++
dnumber 466352899372
facebook-Ch

PRIVATISIERUNG VON STAAT UND ÖFFENTLICHKEIT VERHINDERN

Zunehmend mehr Teile der legitimierten Staatsgewalt werden an schwer kontrollierbare Agenturen oder gar Unternehmen delegiert. Oft wird dies aus ökonomischen Sachzwängen begründet. Gleichzeitig geht diese Auslagerung von Sicherheitspolitik einher mit einer kostspieligen Weiterentwicklung von Überwachungstechniken der Sicherheitsindustrie, die ein eigenes Interesse am Absatz solcher Technologien hat. Bei der Debatte über Sicherheitsbedrohungen gibt es damit oft mehr Interessen als die Sicherheit einerseits und die Freiheit andererseits. Mit einer gezielten Politik der Angst entziehen staatliche und wirtschaftliche Interessen der Öffentlichkeit und den Parlamenten die Entscheidung darüber. In den vergangenen Jahren ist so eine Überwachung vieler Lebensbereiche und des Alltags entstanden. Soziale und gesellschaftliche Räume werden im Auftrag des Staates und bestimmter Interessensgruppen durch private Sicherheitsunternehmen kontrolliert. Vormalig öffentlicher

Raum wird nach ökonomischen Kriterien neu strukturiert und vermeintlich unerwünschte Menschen aus diesen Räumen vertrieben. Eine solche Entfremdung des Alltags vom Menschen und der Gemeinschaft wollen wir nicht.

Sicherheitspolitik ist ein sehr sensibler Bereich der Gesellschaft. Sicherheitsmaßnahmen und Polizeiarbeit müssen durch Öffentlichkeit und Parlamente legitimiert und kontrolliert werden. Deshalb darf öffentliche Sicherheitspolitik nicht einfach an private Sicherheitsdienste übertragen oder an schwer kontrollierbare Agenturen delegiert werden. Dies gilt also für die Überwachung von Einkaufszonen durch private Sicherheitsdienste genauso, wie für die Überwachung von allen BürgerInnen durch Agenturen wie die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die europäische Polizeibehörde Europol. Für eine rechtsstaatliche und legitimierte Sicherheitsarbeit des Staates braucht es nicht nur klar formulierte Gesetzesgrundlagen, sondern auch verantwort-

liche BeamtInnen und umfassende Kontrollbefugnisse durch Parlamente, Öffentlichkeit und unabhängige Gerichte. Nur so kann ein Vertrauensverhältnis im Alltag entstehen. Auch die öffentliche Förderung von Überwachungsforschung, wie mit dem Programm INDECT trägt hierzu nicht bei.



EIN EUROPÄISCHER RAUM VON RECHT UND FREIHEIT

Die Regierungen Europas haben seit Beginn der 90er Jahre daran gearbeitet, das erweiterte Europa zu einem sogenannten „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auszubauen. Dabei haben vor allem Sicherheitsexperten und Innenpolitiker an gemeinsamen Strukturen gearbeitet. Europol, Eurojust, Frontex, Datenbanken wie SIS, ZIS und VIS, EURODAC, die Vorratsdatenspeicherung: Fast alle Maßnahmen stärkten die Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden – was fast immer auch Austausch von Informationen und Daten bedeutet. Ein adäquater Schutz der individuellen Grundrechte sowie des freiheitlichen Rechtsstaats blieb dabei auf der Strecke. Dies müssen nun die nationalen Parlamente und das Europaparlament ausbügeln. Die parlamentarische Kontrolle der europäischen Sicherheitsbehörden muss dabei oberste Priorität haben. Dabei geht es nicht um die Kontrolle des Alltagsgeschäfts, sondern vielmehr um den Rahmen in dem sich Europol und Co bewegen. Dem Europäischen Parlament muss, mit Beteiligung

SCHAFFT SICHERHEIT

der nationalen Parlamente, eine grundsätzliche Kontrollfunktion, wie sie im Vertrag von Lissabon festgeschrieben ist, so schnell wie möglich zugestanden werden. Nur so kann ein Raum von Recht und Freiheit auch Sicherheit schaffen ohne die Legitimation der Europäischen Union zu gefährden.



EINE ALTERNATIVE **POLIZEIPOLITIK**

Eine alternative Polizeipolitik verabschiedet sich von vagen Risikoanalysen und zunehmender Überwachung, hin zu einer umfassend geltenden Unschuldsvermutung und einer besseren Ausbildung und Ausstattung von Polizei und Justiz vor Ort. Eine nachhaltige Sicherheitspolitik funktioniert nicht durch immer neue Eingriffe in grundrechtlich geschützte Rechte der BürgerInnen. Der Zeitpunkt polizeilichen Eingreifens muss wieder nach hinten verlegt werden und die Bekämpfung konkreter Gefahren statt der Prävention von Risiken muss wieder in den Vordergrund rücken. Die individuelle Prävention durch BeamtInnen und BetreuerInnen muss gestärkt werden. Studien belegen, dass Gewalt durch Präventionsarbeit eingedämmt werden kann und Kriminalitätsraten dadurch deutlich stärker gesenkt werden, als durch teure Sicherheitsmaßnahmen und lange Gefängnisstrafen. Eine konkrete Fallbearbeitung und eine schnelle und flüssige Kooperation zwischen den Behörden in Europa im einzelnen Verdachtsfall müssen wieder mehr im

FÜR WENIGER KRIMINALITÄT

Vordergrund stehen. Das bedeutet mehr Geld für ErmittlerInnen vor Ort, Ausbau von Präventionsbeauftragtenstellen und bessere europäische Regeln für die konkrete Polizeizusammenarbeit statt für teure Überwachungszentralen. Die Polizei kann und darf nicht zur Durchsetzung politischer Interessen oder zur Lösung ungelöster gesellschaftlicher Konflikte dienen. Wir wenden uns gegen staatliche Überwachung und Kontrolle weit im Vorfeld konkreter Gefahren. Den verdachts- und gefahrenunabhängigen Eingriffen im Alltag setzen wir umfassende bürgerliche Freiheitsrechte, Rechtsschutzmöglichkeiten und eine unabhängige Kontrolle polizeilicher Arbeit entgegen.

Das Verhältnis zwischen Polizei und BürgerInnen muss kooperativ und nicht von Misstrauen geprägt sein. PolizistInnen müssen daher für die Menschen erkennbar und identifizierbar sein. Anstatt wie bisher die Menschen als potentielle Kriminelle oder gar TerroristInnen zu stigmatisieren müssen sie als Verbündete in der sozialen Prävention gesehen und für Straftaten sensibilisiert werden. Dazu ist eine menschenrechtliche Ausbildung im weiteren Sinne bei Polizei und Justiz nötig und unabhängige Instanzen zur Begrenzung und Kontrolle polizeilicher Macht. Strukturellen Problemen der Polizei wie Polizeisubkulturen, der Kultur der Straflosigkeit bei polizeilichen Fehlverhalten oder auch „Racial Profiling“ muss offensiv entgegengetreten werden. Die Speicherpraxis von Gefährderdateien muss offengelegt und die Möglichkeit des rechtlichen Widerspruchs mit Einzelfallprüfung ermöglicht werden. Deutschland muss die Forderung des Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter (CPT) im Hinblick auf die Behandlung von Inhaftierten und der Haftbedingungen endlich umsetzen. Rechtsstaat und Demokratie müssen sich der Unterstützung der Bevölkerung sicher

sein. Dazu bedarf es weit reichender Maßnahmen zum Aufbau von mehr Vertrauen in die polizeiliche Arbeitspraxis. Dazu ist aber auch eine Erhöhung der finanziellen Mittel bei der Polizei von Nöten. Überlastete, schlecht ausgebildete und mangelhaft ausgerüstete PolizistInnen sind keine guten Voraussetzungen für eine angemessene Durchführung polizeilicher Eingriffe in verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrechte. Gute Polizeiarbeit beruht auf klaren Eingriffsbefugnissen wie -beschränkungen und der Verhältnismäßigkeit in jedem Einzelfall. Zu einer modernen, verantwortungsbewussten staatlichen Institution gehören zudem niedrigschwellige Widerspruchs- und Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb der Polizei.

ZEHN FORDERUNGEN FÜR EINE BESSERE POLIZEI

- ★ Unschuldsvermutung statt Generalverdacht
- ★ Bessere Ausstattung und Ausbildung der Polizei
- ★ Keine verdachtsunabhängigen Grundrechtseingriffe
- ★ Individuelle Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen
- ★ Bekämpfung struktureller Probleme in der Polizei
- ★ Kein anlassloses Profiling von Menschen
- ★ Das Gebot der Verhältnismäßigkeit ernst nehmen
- ★ Parlamentarische Kontrolle auf allen Ebenen
- ★ Gerichtlichen Rechtsschutz ermöglichen
- ★ Keine Privatisierung öffentlicher Sicherheit



Jan Philipp Albrecht gehört zum Jahrgang 1982 und ist damit der jüngste deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament. Der ehemalige Sprecher der Grünen Jugend hat sich dort insbesondere mit seinem Einsatz für Datenschutzthemen binnen kurzer Zeit als Grüner Innen- und Justizexperte hervorgetan. Albrecht hat von 2003 bis zu seiner Wahl 2009 Rechtswissenschaften in Bremen, Brüssel und Berlin sowie Rechtsinformatik in Hannover und Oslo studiert. Bereits seit 1999 hat sich Albrecht auf verschiedensten Ebenen bei den Grünen engagiert. Der gebürtige Braunschweiger vertritt die norddeutschen Grünen im Europaparlament und hat Regionalbüros in Hamburg, Hannover und Kiel.



Die Grünen | EFA im Europäischen Parlament

Impressum: Jan Philipp Albrecht, MdEP, Platz der Republik 1, 11011 Berlin **Redaktion:** Tobias Peter, Korbinian Deuchler **Layout:** Pia Danner, p:zwe **Bildnachweise:** istockphoto **Kontakt:** www.janalbrecht.eu | jan.albrecht@europarl.europa.eu